

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2,50 M., bei Platzvorschrift 3.— M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— M.; Reklame-Kolonelle 10.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Bedingungen der Industrie.

### Entstaatlichung der Eisenbahnen.

Zur Erläuterung der vom Reichsverband der deutschen Industrie beschlossenen Resolution, betreffend die Kredithilfe, hatte der Reichskanzler gestern die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu sich gebeten.

Als Sprecher der Industriellen begrüßte Dr. Sorge die Resolution mit folgenden Worten:

Abgesehen von den unter Mitwirkung der parlamentarischen Instanzen zu lösenden Fragen der parlamentarischen Finanzwirtschaft und der Befreiung des Wirtschaftsebens von den ihm auferlegten Fesseln, kommen zunächst die der Gesetzgebung in Frage, die es ermöglichen, mit den Reichseisenbahnen beginnend, die sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe in privatwirtschaftliche Formen zu bringen.

Die Durchführung solcher Absichten ist möglich auf Grund eines durch die Gesetzgebung zu schaffenden Ermächtigungsgesetzes, das den Verkauf zunächst der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftliche juristische Person in die Wege leitet. Die Industrie wird Vorschläge ausarbeiten und sie zu gegebener Zeit den zuständigen Stellen vorlegen, aus denen ersichtlich ist, in welcher Form diesem Ermächtigungsgesetz praktischer Inhalt gegeben werden muß. Kein wirtschaftlich muß diese Aktion dahin führen, daß von einem nicht zu fern liegenden Zeitpunkt ab die darin anzulegenden Kapitalien der juristischen Person verzinst werden, und daß gleichzeitig das Reich von allen persönlichen und sachlichen Lasten aus diesen Unternehmungen befreit wird. Die Entlastung des Reiches von Kreditlasten, die weder ihrer Zweckbestimmung nach, noch in wirtschaftlicher Beziehung volle Nahrung finden, kann nach Auffassung der Industrie nur in Verbindung mit großzügigen Siedelungen erfolgen, die wieder an sich und nach ihrer ökonomischen Lage die nutzbringende Beschäftigung dieser Persönlichkeiten sicherstellen.

Die Industrie ist sich darüber klar, daß die Durchführung dieser Aktion, insoweit der Artikel 248 des Friedensvertrages Rechte des Auslandes begründet hat, entsprechende Verhandlungen mit den Vertragsgegnern erforderlich macht, die gleichzeitig dazu führen müssen, im Zusammenhang mit der Lösung dieser Frage auch die Verpflichtungen aus dem Ultimatum einer anderweitigen Lösung anzuhängen.

Auf dieser Grundlage wird die Industrie in Verhandlungen mit den deutschen Banken eintreten, um, sofern eine Änderung des Londoner Ultimatums sich nicht schon aus den vorher angebotenen Verhandlungen ergibt, diejenigen Kredite zu beschaffen, die notwendig sind, um die finanziellen Verpflichtungen des Reiches sowie die Entwicklungsmöglichkeit der angestrebten neuen Organisation der Reichsbetriebe zeitlich und sachlich sicherzustellen. Die Durchführung dieser Kreditaktion einschließlich der Verhandlungen mit den auswärtigen Kreditgebern kann nur unter Führung der deutschen Industrie und im Einvernehmen mit den deutschen Banken erfolgen. Selbstverständlich muß, wenn sich die deutsche Volkswirtschaft und damit der deutsche Staat aus den jetzigen Verhältnissen herausarbeiten will, die Volksgemeinschaft, d. h. der Staat, denjenigen, die heute diesen jeht freiwillig übernommenen Kredit zur Verfügung stellen, in zu vereinbarenden Weise entsprechende Entlastung gewährleisten.

Der Reichskanzler nahm diese Erklärungen entgegen und betonte, daß die Reichsregierung zu den Bedingungen der Industrie Stellung nehmen werde.

### Scharfer Protest der Gewerkschaften.

Berlin, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die DPA erfahren, haben die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

„Wir sehen in den Beschlüssen des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Gewährung einer Kredithilfe an das Reich eine Provokation der gesamten werktätigen Bevölkerung. Die organisierten Unternehmer knüpfen an die Steuerzuschußleistung Bedingungen, die in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zur Entrechtung und materiellen Anechtung der Arbeiter, Angestellten u. d. Beamten führen muß. Sie fordern von der Reichsregierung politische Garantien zugunsten des Unternehmertums, die in letzter Linie eine Einschränkung wenn nicht Beseitigung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in den Betrieben, eine Entstaatlichung der Eisenbahnen und sonstigen Reichsbetriebe und die Durchbrechung oder Aufhebung des Achtstundentages bedeuten. Die Vereinigten gewerkschaftlichen Spitzenverbände erwarten von der Reichsregierung, daß sie die von den Industriellen in Verbindung mit der Gewährung der Kredithilfe erhobenen Forderungen unbedingt ablehnt.“

### Einmütige Ablehnung durch die Eisenbahner.

Berlin, 11. November. (U.) Am Donnerstag waren Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahnbeamten und Arbeiter, sowie Hauptbeamtenrat und Hauptbetriebsrat der Reichseisenbahnen zusammengetreten, um mit dem Reichsverkehrsminister die Frage der Zweckmäßigkeit einer Entstaatlichung der Reichseisenbahnen zu erörtern. Sämtliche Organisationsstellen lehnen eine Privatführung der Reichseisenbahnen in jeder Form ab und erklärten, daß sie auch vor der Anwendung äußerster gewerkschaftlicher Mittel nicht zurückweichen würden.

### Die Berliner Presse zu den Bedingungen der Industrie.

Die Freiheit schreibt zu dem Kreditangebot der Industrie: „Herr Stinnes hat also wirklich die große Freiheit gehabt, die Beteiligung des staatlichen Einflusses auf dem entscheidenden Ge-

biet der Kohlenwirtschaft zu fordern. Wir haben schon neulich gesagt, daß das bedeuten würde, den Kohlenherren neue Profite in der Höhe einiger Goldmillarden jährlich in den Schoß zu werfen. Man muß schon sagen, die Not des Staates zu einem solchen Erpressungsversuch zu benutzen, übersteigt wirklich alles, was rücksichtslos Profitgier je gewagt hat. Aber die Herren, die so maßlos in ihren Forderungen sind, sind ungeheuer zurückhaltend in ihrem Anerbieten. . . . Die Antwort auf diesen Erpressungsversuch der Industrie kann nur sein ein Gesetz, das sofort 25 Prozent des Kapitals aller Aktiengesellschaften dem Staate überrechnet werden. Der Staat, der über einen solchen Anteil an den großen Unternehmungen verfügt, wird dann auch kreditfähig sein. Wenn diese Kredite vielleicht zu härteren Bedingungen ausgenommen werden müssen, so trägt daran die Industrie Schuld, die wir dann diese härteren Bedingungen eben mit höheren Steuern entgelten lassen. Eine Kapitalation vor den Bedingungen des Stinnes ist noch lange nicht nötig und darf unter keinen Umständen erfolgen. Herr Stinnes hat der Arbeiterklasse, hat der politischen Freiheit des deutschen Volkes den Krieg erklärt. Herr Stinnes hat seine alldutschen Phantastereien offenbar noch immer nicht vergessen. Es ist Zeit, daß sie ihm gründlich ausgetrieben werden.

Auch Bernhard findet in der Botschaften Zeitung, daß es völlig ausgeschlossen sei, daß die Regierung, wenn sie überhaupt noch den Namen einer autoritativen Vertretung des Staates und der durch diesen repräsentierten Allgemeinheit verdienen will, auf dieser Grundlage mit der Industrie verhandeln kann. Die Industrie habe die Stellung zwischen Industrie und Regierung vollständig verschoben. Die Industrie tue, als ob die Regierung zu ihr als Bittende gekommen sei. In Wirklichkeit habe sie selbst die Kreditaktion vorgeschlagen, um damit ihrer Steuerpflicht in einer Weise zu genügen, die ihren eigenen Interessen besser entspreche, als die von dem größten Teil der Arbeiterklasse propagierte Enteignung der Goldwerte. Wenn sie jetzt die Erfüllung ihrer Steuerpflicht an Bedingungen knüpfte, so sei das ein Vorzeichen, über dessen Folgen sich die Industrie nicht ganz klar zu sein scheine, denn was dem einen Erwerbstand recht ist, muß dem anderen billig sein. Nächstens komme dann mit dem gleichen Recht die Landwirtschaf, die Entrichtung ihrer Steuern von der Durchführung aller gewerkepartikularistischen Forderungen abhängig zu machen. Man mache sich doch einmal klar, welche physischen Folgen ein solches Verhalten bei den Arbeitern auslösen muß, die ohnehin schon in immer größerer Erregung zu geraten drohen, weil sie die Meinung haben, durch den Lohnabzug die Lasten des Budgets, die direkten Steuern allein zu tragen.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung sagt: „Der Weg aus dem Finanzjargon ist steil und beschwerlich. Wir haben aber keine andere Wahl, als diesen Weg zu gehen, wenn wir die Hoffnung nicht aufgeben wollen, einmal wieder bessere Tage zu erleben. Es nützt uns nichts, wir müssen hart gegen uns selbst werden (das heißt doch wohl, hart gegen die Arbeiterklasse). Die Redaktion) und auf Einrichtungen verzichten lernen, von denen wir uns unter normalen Verhältnissen nicht trennen würden. Die Ueberführung der Reichsbetriebe, in erster Linie der Reichseisenbahnen wird großen Teilen des Volkes zunächst als eine unmöglichkeit erscheinen. Das sind aber dieselben Volksteile, die sich höher um die Schwierigkeit, in der sich die öffentlichen Gemeinwesen befinden, wenig oder gar nicht gekümmert haben. Die Deutsche Allgemeine Zeitung meint, die Arbeiterklasse solle einseitig genug sein, ihre etwaigen Bedenken gegen die Ueberführung der Eisenbahnen in Privatbetrieb zurückstellen. Eine Befreiung der sozialen Freiheiten und Rechte könne für die Arbeiter- und Angestelltenklasse der Eisenbahnen unter keinen Umständen (?) in Frage kommen. Sie bedauert die Erklärung der Gewerkschaften zu dem Kreditangebot der Industrie und zu der Ueberführung der Eisenbahnen in Privatbetrieb.

Die Bedingungen der Industrie und die Erklärungen des Industriellen Dr. Sorge sind der Gipfelpunkt dessen, was sich die bestehende Klasse bisher geleistet hat. Die Botschaften Zeitung hat daher voll und ganz recht, wenn sie erklärt, daß die Industriellen lediglich Pflichten zu erfüllen haben, Steuerpflichten, denen die gesamte Arbeiterklasse, die Angestellten und Beamten seit reichlich anderthalb Jahren genügen müssen. Wenn nunmehr die Arbeiterklasse fordert, daß auch die Industriellen ihren Anteil übernehmen sollen, für die Lasten, die entstanden sind, durch den Zusammenbruch des in ihrem Interesse geführten Krieges, dann ist es tatsächlich der Gipfel der Frechheit, daran noch Bedingungen von dieser Art knüpfen zu wollen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung, das offizielle Sprachrohr Stinnes, glaubt das Volk ermahnen zu müssen, nun endlich einmal hart gegen sich selbst zu werden. Die deutsche Arbeiterklasse wird daraus die Konsequenzen ziehen müssen. Bisher hat sie sich auf die Forderungen beschränkt, daß die Industriellen ebenso ihren Anteil an den Gesamtlasten des Staates tragen sollen. Nach diesen Provokationen wird sie nunmehr gezwungen sein, den Kampf um die Erfassung der Goldwerte mit aller Härte, Klasse gegen Klasse, zur Durchführung zu bringen.

Auf die Einzelheiten des Kreditangebotes kommen wir noch näher zurück.

Die Abordnung der Industriellen zu der Aussprache mit dem Reichskanzler bestand unter anderem aus den Herren: Stinnes, Thyssen, Hugenberg, Karl v. Stemens. Diese Namen allein sind Kommentar genug.

## Die Konferenz von Washington.

Am morgigen Tage tritt in Washington die seit Monaten angekündigte Konferenz zusammen, die als Programm eine Verständigung über die Abrüstung auf der Tagesordnung hat. Die Veranlassung dazu haben die Vereinigten Staaten gegeben. Noch bevor die Staatsmänner der Allierten über das Gestade des Atlantischen Ozeans segelten, wurden von der in- und ausländischen Presse ganze Fässer von Tinte verschwendet, um die möglichen und unmöglichen Ergebnisse der Konferenz zu beurteilen. Indes weiß heute noch niemand positiv, was nun eigentlich in Washington verhandelt werden wird. Nur so viel steht fest, daß zwar die Abrüstungsfrage programmatisch im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen wird, aber die Probleme, die heute die gesamte Welt bewegen, werden nur allzubald die gepflogenen Diskussionen auf ein ganz anderes Gebiet verschieben. Zwar hat man sich vorher in eingehenden diplomatischen Auseinandersetzungen bemüht, eine fest umrissene Tagesordnung festzustellen. Indes, die Probleme der Weltpolitik greifen so scharf ineinander, daß es auch den Beteiligten unmöglich erscheint, nur einige bestimmte Fragen herauszugreifen.

Die Probleme, die in Washington zur Verhandlung stehen, sind gekennzeichnet durch die Interessen Englands, die Interessen der Vereinigten Staaten und die Interessen Japans. Gegenüber diesen westpolitischen Auseinandersetzungen werden die Unterhaltungen über eine eventuelle Abrüstung von nur untergeordneter Bedeutung sein. Die Vereinigten Staaten haben sich durch die Politik Wilsons und seines Nachfolgers in eine Politik der Völkervereinigung begeben, indem sie sich mehr oder weniger aus dem Konzert der europäischen Großmächte ausgeschaltet haben. Amerika ist neben Japan der alleinige Sieger im Weltkrieg geblieben, in Amerika konzentrieren sich alle finanziellen, alle wirtschaftlichen und politischen Probleme der Gegenwart. Die Diplomatie der Vereinigten Staaten ist daher bestrebt, auf die Gestaltung aller Probleme unmittelbaren Einfluß zu gewinnen. Die Vereinigten Staaten haben das bereits weitbeherrschende England vollständig in den Schatten gestellt und es ist die besondere Tragik der englischen Politik, daß, nachdem Deutschland als der bisher schärfste Gegner seiner imperialistischen Bestrebungen niedergeworfen ist, auf der anderen Seite des Atlantischen Ozeans ein Riese emporsteigt, der, wirtschaftlich stark, politisch fast unangreifbar, über ungeheure Rohstoffquellen verfügt, an dessen Kraft die englische Politik naturnotwendig scheitern muß.

In Washington kämpfen die drei Vormächte der Welt um die Beherrschung derselben. Das Finanzkapital der drei Staaten fordert mit gebieterischer Macht das Eindringen in neue wirtschaftliche Interessensphären. Die wirtschaftlich wichtigsten Gebiete der Erde sind bereits aufgeteilt, so daß sich die Interessen der imperialistischen Vormächte gemeinsam auf bestimmte Gebiete konzentrieren. Von besonderer Bedeutung ist der Konflikt zwischen Amerika und Japan um die Beherrschung des Stillen Ozeans. Der Kampf zwischen den beiden Küstenstaaten des neuen Mittelmeeres liegt schon Jahre zurück, aber er wird akut durch das starke Anwachsen beider Staaten während des Krieges, die naturnotwendig neue Wirtschaftsgebiete brauchen, um die überschüssigen Waren und, was wichtiger ist, die überschüssigen Kapitalen zur Anlage zu bringen. Japan ist dem asiatischen Kontinent unmittelbar vorgelagert. Es verfügt über einen gewaltigen Ueberfluß an Bevölkerung, der in irgendeiner Weise die Möglichkeit zum Abfluß erhalten muß. Weiterhin hat sich in dem engen Gebiet der japanischen Inseln der Kapitalismus so ungeheuer verstärkt, daß er neue Rohstoffgebiete braucht, aber auch neue Gebiete, seine Waren absetzen zu können. Der europäische Markt ist den japanischen Waren infolge der Wertungsstaltung verschlossen, aber auch die Amerikaner haben sich gegen das Eindringen japanischer Waren durch ein Dumping entsprechend gesichert. Demzufolge bleibt den Japanern nur die Ausdehnung nach dem ostasiatischen Festlande und dort stoßen die amerikanisch-japanischen Interessen unmittelbar zusammen.

Die Monroe-Doktrin ist durch den Weltkrieg unüberwindlich geworden. Kein außeramerikanischer Staat wird fernerhin in den beiden amerikanischen Kontinenten zu finden. Aber den Amerikanern genügen diese Anlagephären nicht, sie brauchen neue Märkte, um ihre gewaltige Warenfülle zum Absatz und den Kapitalüberschuß zur Anlage zu bringen. Sie haben bereits China durchzogen und selbst in dem hochschivistischen Ostasien haben sich die Amerikaner wichtige Anlagephären gesichert. In Ostchina kämpfen amerikanische Söldlinge unter dem Deckmantel kommunistischer Legionäre. Von der Mandchurie her sind die Japaner bestrebt, nach Ostasien einzudringen, überall geraten beide Vormächte einander in die Haare, so daß beide gleichzeitig bestrebt sind, eine gewisse Abgrenzung der beiderseitigen Interessengebiete zu finden.

Dazu kommt die Frage der Beherrschung der südpazifischen Inselwelt. Der Kampf um die einst deutsche Rabeninsel Yap ist